



Niederschrift 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.04.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:14 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	Vertretung für: Frau Kati Biesecke DIE LINKE
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	von 18:02 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP
-------------------	-------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk	SPD
---------------------	-----

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:20 Uhr
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	
Herr Bertram Otto	SPD	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3	bis 19:00 Uhr
--------------------	--------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Frau Diana Gonzales Olivo	Migrantenbeirat
Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Marina Kluge	FB Ordnung und Sicherheit
Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Thomas Brincker	Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam
Herr Fabian Dübner	Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
Herr Dietmar Weiberlenn	FB Bildung und Sport
Herr Jörg Bindheim	FB Soziales und Gesundheit
Frau Manuela Korb	FB Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Personalsituation in der Ausländerbehörde
- 4 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 5 Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)
- 6 Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
Vorlage: 16/SVV/0403
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
 - 7.2 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -

- 7.3 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam (Benutzungs- und Gebührensatzung)
Vorlage: 17/SVV/0269
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam, hier: Integrationslotsen
Vorlage: 17/SVV/0212
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
- 8.2 Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - Versorgung von Schülerinnen und Schülern in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0312
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 8.3 Integrationsmonitoring 2016
Vorlage: 17/SVV/0226
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 8.4 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 17/SVV/0242
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
- 8.5 Konzept zur Prävention von Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften
- 8.6 Information zu Ausschreibungen von Gemeinschaftsunterkünften sowie der überregionalen Beratungsstelle für Geflüchtete
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 21.03.2017 zur Abstimmung.

Frau Laabs spricht die Information bezüglich der Zuwendung für die Kontakt- und Beratungsstelle für psychisch Kranke an, die im TOP „Sonstiges“ gegeben wurde. Sie bittet, derartige Informationen zukünftig als gesonderten Tagesordnungspunkt werden, da dies aus ihrer Sicht ein wichtiges Thema ist.

Der Niederschrift wird mit 5 Zustimmungen und 1 Enthaltung mehrheitlich bestätigt.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Information zur Personalsituation in der Ausländerbehörde vorzuziehen und im Anschluss an die Abstimmung zur Tagesordnung zu behandeln.

Im TOP „Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums“ wird Herr Richter über den Stand der Bildung zum Beirat für Menschen mit Behinderung informieren.

Der Antrag 17/SVV/0059 wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion erneut zurückgestellt.

Frau Schulze bittet Herrn Dünn, im Vorfeld der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion die geänderte Antragsfassung an alle Ausschussmitglieder zuzusenden.

Frau Eisenblätter stellt die Änderungen zur Abstimmung. Den Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Herr Schubert kündigt an, dass er die heutige Ausschusssitzung vorzeitig verlassen muss, da er im Ortsbeirat Marquardt die Pläne für den Neubau der Fahrzeughalle der freiwilligen Feuerwehr Marquardt vorstellen wird.

Er dankt Herrn Thomann und seinen Mitarbeitern für die heute als Tischvorlage ausgereichten Informationsunterlagen für den GSI-Ausschuss zu den Ausschreibungen von Gemeinschaftsunterkünften sowie der überregionalen Beratungsstelle, die der AG Asyl bereits vorgestellt wurden.

zu 3 Personalsituation in der Ausländerbehörde

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) informiert, dass in der Ausländerbehörde (ABH) derzeit 24 Stellen vorhanden sind, die bis auf eine besetzt sind. Davon sind 10 Mitarbeitende weniger als ein Jahr in der ABH tätig. Drei Mitarbeitende befinden sich derzeit in Mutterschutz bzw. Elternzeit. Für die nicht besetzte Stelle läuft derzeit das Auswahlverfahren.

Es wurde ein Schulungsprogramm zusammengestellt, um alle Mitarbeitenden auf den gleichen Wissensstand zu bringen. Das Schulungsprogramm beinhaltet u.a. Verwaltungsrecht, Deeskalationstraining und eine Software-Schulung. Ein entsprechender Schulungsraum ist vorhanden. Für die Durchführung der Schulungen ist zweimal jährlich eine Schließung von einer Woche vorgesehen.

Im Februar 2017 erfolgte der Umzug der ABH in die neuen Räume in der Helene-Lange-Straße 6/7. Die Dienstaufnahme in den neuen Räumen erfolgte am

06.03.2017

Die ABH ist in zwei Bereiche aufgeteilt. Das Frontoffice befindet sich im Raum E22. Das Backoffice befindet sich im 3. OG.

Durch die veränderten Öffnungszeiten und die Arbeit mit Terminvereinbarungen soll sich die Situation bis zum Herbst so entspannt haben, dass sich die Wartezeiten merklich verkürzen. Frau Kluge bietet an, den Überblick als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Frau Schulze bittet, die Schließzeiten zu Schulungszwecken auch rechtzeitig bekannt zu geben.

Herr Schubert macht deutlich, dass die kompakte Schulung aus Sicht der Verwaltung sehr sinnvoll ist. Die Situation in der ABH hat sich merklich verbessert.

zu 4 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Herr Richter teilt mit, dass zusammen mit der WerkStadt für Beteiligung Vorüberlegungen zur Wahl des **Beirates für Menschen mit Behinderung** getroffen wurden. Hierbei wurden z.B. Anforderungen und Erwartungen betrachtet. Diese Überlegungen wurden im Forum für Menschen mit Behinderung vorgestellt. Alle Teilnehmer des Forums haben entschieden, dass bis zur Sommerpause 6 Workshops durchgeführt werden sollen, um an den Strukturen des Beirates sowie an den Anforderungen zu arbeiten. Die Ergebnisse werden dann der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Herr Richter bietet an, die Zwischenergebnisse dem GSI-Ausschuss vorzustellen.

Abschließend verweist er auf den Workshop dazu am 02.05.2017 in der Wissenschaftsetage des Bildungsforums.

Herr Richter informiert, dass das **Inklusionsgremium** am 25.04.2017 getagt hat. Ziel ist es, im Herbst 2017 der Stadtverordnetenversammlung den fortgeschriebenen Teilhabeplan vorzulegen. Das Konzept wurde heute im Inklusionsgremium vorgestellt. Die Umsetzung des Teilhabeplanes soll auch innerhalb der Verwaltung vorangetrieben werden.

Frau Eisenblätter ergänzt, dass es sich hier um eine sehr konstruktive Zusammenarbeit handelt. Auch die externe Begleitung von „Konsens“ ist sehr gut.

Frau Gonzales Olivo teilt mit, dass der **Migrantenbeirat** an der AG Asyl teilgenommen hat.

Herr Puschmann informiert, dass er für den **Seniorenbeirat** am 04.04.2017 an einer bundesweiten Konferenz zum 7. Altenbericht teilgenommen hat. Als Schlussfolgerung ist festzustellen, dass der vorliegende Seniorenplan erneut betrachtet werden muss. Die Prämissen müssen geprüft und Maßnahmen festgelegt und zeitnah umgesetzt werden.

Herr Puschmann bedankt sich bei den Mitarbeitenden des Pflegestützpunktes, die an der heutigen Tagung zur Vorstellung des Pflegestärkungsgesetzes teilgenommen haben.

Er teilt mit, dass am 17.05.2017 im Plenarsaal eine gemeinsame Veranstaltung des Seniorenbeirates mit Fr.-Ebert-Stiftung zur Konfliktbewältigung im täglichen Leben durchgeführt wird. Es wäre erfreulich, wenn möglichst viele Stadtverordnete an der Veranstaltung teilnehmen würden.

Des Weiteren informiert Herr Puschmann, dass die Eröffnung der diesjährigen Seniorenwoche am 09.06.2017, 10:00 Uhr im Sterncenter erfolgt. Die Ministerin Golze hat bereits zugesagt, einen Rundgang zu machen.

Herr Puschmann teilt mit, dass die AG Wohnen ein Papier erarbeitet hat, dass Herrn Schubert zugeleitet wird.

Herr Schubert ergänzt, dass zur Überarbeitung des Seniorenplans bereits mehrere Gespräche stattgefunden haben, da Wohnen ein Schwerpunktthema für die nächsten Jahre ist. Er bietet an, das Papier der AG Wohnen auch an die Mitglieder des GSI-Ausschusses weiterzuleiten.

Auf Nachfrage bezüglich der Besetzung der Stelle im Seniorenbüro erklärt Herr Puschmann, dass die Stelle zusammen mit dem Behindertenbüro besetzt wird. Die Stellenausschreibung liegt im Entwurf vor und wird zeitnah umgesetzt.

Herr Schubert ergänzt, dass derzeit die Arbeit über den Fachbereich Soziales und Gesundheit abgesichert wird.

zu 5 Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)

Herr Brincker (Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam) gibt an einer Präsentation einen Überblick über aktuelle Daten und Entwicklungen. Dabei weist er darauf hin, dass sich die Zahl der Arbeitslosen im SGB II seit März 2016 um 885 Personen reduziert hat. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nimmt ebenfalls weiter ab. Auch die Leistungen für Heizung und Unterkunft sind gesunken.

Herr Brincker informiert, dass die Jugendarbeitslosigkeit seit 2010 kontinuierlich sinkt, wobei seit 2016 aufgrund der Flüchtlinge die Zahlen stagnieren. Er verweist auf die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters mit den Jugendlichen. So gibt es ein spezialisiertes Team U25 mit 8 Fallmanagern sowie einer Expertin für Reha/Schwerbehinderung, die mindestens einen monatlichen Kontakt mit den Jugendlichen haben.

Derzeit erfolgt eine Abstimmung zur Kooperationsvereinbarung zur Jugendberufsagentur zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der Agentur für Arbeit Potsdam, dem Staatlichen Schulamt und dem Jobcenter. Anschließend soll die Kooperationsvereinbarung den Stadtverordneten zum Beschluss vorgelegt werden. Zum Ende des Jahres soll die Jugendberufsagentur Potsdam eröffnet werden.

Herr Schubert betont, dass derzeit die Endabstimmungen zur Kooperationsvereinbarung erfolgen, so dass kurz nach der Sommerpause die Gremienbeteiligung erfolgen kann.

Herr Brincker sagt zu, die Präsentation als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen und diese um den prozentualen Anteil der Langzeitarbeitslosen unter 25 Jahren zu ergänzen.

zu 6 Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) gibt einen Kurzüberblick über Zielstellung der Arbeit der Fachstelle und benennt die

Zielgruppen und Kennzahlen. Er informiert über die laufenden Projekte und stellt dabei das „Jugend stärken im Quartier“ vor, das vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2018 läuft. Zielgruppe sind Jugendliche zwischen 12 und 26 Jahren mit individuellen Benachteiligungen und besonderem sozialpädagogischem Unterstützungsbedarf aus dem Zielgebiet Soziale Stadt.

Anschließend stellt er das Projekt „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ vor, das auf langzeitarbeitslose Potsdamerinnen und Potsdamer ab 27 Jahren aus dem Zielgebiet Soziale Stadt ausgerichtet ist.

Des Weiteren erläutert Herr Dübner das Projekt „Perspektive Wiedereinstieg“, das sich an Personen mit familienbedingter Erwerbsunterbrechung, Personen mit Pflegeaufwand, Minijobber und Unternehmen/Arbeitgeber richtet.

Durch die Fachstelle erfolgt aber auch die Koordinierung von Maßnahmen von Bundesfreiwilligendienst und Arbeitsgelegenheiten im Rahmen von Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE).

Auf Nachfrage erklärt Herr Dübner, dass beim Bundesfreiwilligendienst das Verhältnis der unter und über 27jährigen in etwa gleich ist.

Herr Dübner erklärt, dass AGH-MAE sehr niedrigschwellige Angebote und nur Optimierungsmöglichkeiten sind.

Abschließend teilt Herr Dübner mit, dass aktuell in der Fachstelle 21 Mitarbeitende beschäftigt sind. Eine Stelle ist derzeit ausgeschrieben und bezüglich einer Landesförderung für zwei Stellen laufen Gespräche mit dem MASGF.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen

Vorlage: 16/SVV/0403

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) erklärt, dass in Zusammenarbeit mit dem Bereich Schule die Bildungskoordination für Neuzugewanderte entwickelt werden soll. Er teilt mit, dass eine entsprechende Stelle bis 21.04.2017 ausgeschrieben wurde, die demnächst besetzt werden soll. Die Vorstellungsgespräche sollen am 18.05.2017 stattfinden. Danach wird die Entscheidung dem Personalrat vorgelegt.

Frau Schulze stellt fest, dass die Verwaltung bereits begonnen hat, den vorliegenden Antrag umzusetzen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Dübner, dass die Stelle zunächst befristet für zwei Jahre eingerichtet werden soll.

Frau Eifler dankt Herrn Dübner für die Vorarbeit. Sie weist darauf hin, dass es in dem Antrag im Wesentlichen um den Expertenbeirat geht. Sie schlägt vor, den Antrag weiterhin zurückzustellen. Da die Stelle bisher noch nicht besetzt ist, ist der Antrag aus Ihrer Sicht nicht umgesetzt.

Herr Kolesnyk macht deutlich, dass der Antrag aus seiner Sicht besser umgesetzt wird, als dies ein Expertenbeirat tun könnte.

Frau Schulze regt an, nach Besetzung der Stelle einen neuen Antrag einzubringen. Sie rät davon ab, den Antrag weiterhin zu vertagen, da er in der vorliegenden Fassung nicht zielführend ist.

Frau Grasnack betont, dass das Anliegen des Antrages mit Blick auf die Integrationskurse durch den Bund (BAMF) sichergestellt ist.

Auf Nachfrage erklärt Frau Eifler, dass der Wunsch ist, dass der Expertenbeirat eingerichtet wird. Sie greift den Vorschlag von Seiten der Ausschussmitglieder auf, den Antrag nach der heutigen Diskussion in der Fraktion zu beraten und bittet erneut um Zurückstellung.

Frau Eisenblätter stellt die Zurückstellung des Antrages zur Abstimmung.

Der Zurückstellung wird einstimmig zugestimmt.

zu 7.2 **Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP**

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird vertagt.

zu 7.3 **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam (Benutzungs- und Gebührensatzung)**

Vorlage: 17/SVV/0269

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) bringt die Drucksache ein und begründet diese. Er macht dabei deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam gesetzlich verpflichtet ist, für die Unterbringung von Flüchtlingen ein Nutzungsentgelt zu erheben. Dafür ist der Erlass einer Satzung erforderlich.

Jeder Bewohner erhält aufgrund der Satzung einen Gebührenbescheid. Die Höhe der Gebühren ergibt sich aus der jeweiligen Zugehörigkeit zu einem Personenkreis, der Dauer der Nutzung sowie den persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Bewohners.

Die Erhebung von Nutzungsentgelten für den Personenkreis gemäß § 4 LAufnG ist im § 11 LAufnG gesetzlich vorgeschrieben. Die Unterbringung von Personen, die nicht dem Personenkreis gemäß § 4 LAufnG angehören, nimmt die Landeshauptstadt Potsdam als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe wahr, solange eine Versorgung mit Wohnraum nicht möglich ist.

Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen sind gemäß § 6 Absatz 1 Kommunalabgabengesetz Brandenburg (KAG Bbg) in der Regel kostendeckend zu kalkulieren.

Auf Nachfrage bezüglich der Berechnung der 6,48 Euro pro m² Wohnfläche bei der Unterbringung in Übergangswohnungen erklärt Herr Thomann, dass hier die tatsächlichen Mietkosten für alle Nutzungswohnungen durch die mögliche Belegung geteilt werden unter Berücksichtigung der Kostenerstattung des Landes.

Er sagt zu, die Berechnung der Nutzungsgebühren als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Frau Schulze fragt, wie viel muss die LHP aufwenden und wie viel wird vom Land erstattet.

Auf Nachfrage bezüglich Aufwendungen der LHP und Kostenerstattung durch das Land erklärt Herr Thomann, dass es sich hierbei um sehr umfangreiche Kostenblöcke handelt. Er betont, dass die Erstattung durch das Land nicht kostendeckend erfolgt.

Herr Thomann sagt die Übermittlung der Tabelle zu.

Abschließend weist Herr Thomann darauf hin, dass die Satzung gemäß KAG nach zwei Jahren angepasst werden muss.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam (Benutzungs- und Gebührensatzung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam, hier: Integrationslotsen

Vorlage: 17/SVV/0212

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) gibt anhand einer Präsentation eine Auswertung des 1. Fachtages Integration. Im Ergebnis erfolgte die Einrichtung von zwei Stellen Integrationslotsen ab 01.02.2017.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - Versorgung von Schülerinnen und Schülern in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0312

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Auf Nachfrage, warum die Fontane-Schule in der vorliegenden Mitteilungsvorlage nicht aufgeführt wird, erklärt Herr Weiberlenn (FB Bildung und Sport), dass das Schulkonzept von dem der anderen Schulen abweicht. Die Fontane-Schule hat keine Willkommensklassen, da hier integrativ in den Klassen gearbeitet wird. In dieser Schule gibt es einen sehr hohen Anteil an Flüchtlingskindern (73 ausländische Schülerinnen und Schüler).

Herr Weiberlenn teilt mit, dass es einen Austausch der Schulen untereinander innerhalb der schulischen Netzwerke gibt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Integrationsmonitoring 2016

Vorlage: 17/SVV/0226

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Erstellung des Integrationsmonitorings ein enormer Aufwand ist. Dies ist die Grundlage für die Erarbeitung des Integrationskonzeptes. Sie bittet, dass allen Ausschussmitgliedern das Integrationsmonitoring in Papierform ausgereicht wird, also auch an diejenigen, die die Unterlagen online bekommen.

Frau Grasnack (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die betrachteten Handlungsfelder. Sie gibt einen Überblick über die Einwohner nach Migrationshintergrund, Alter und Geschlecht sowie nach ausgewählten Nationalitäten. Des Weiteren gibt Frau Grasnack einen Überblick über den Anteil der Schulabgänger mit und ohne Schulabschluss, der Auszubildenden sowie der Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII. Sie geht auf den Sprachförderbedarf bei den einzuschulenden Kindern ein sowie auf die Teilnahme an den U-Untersuchungen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Grasnack, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an den Einwohnern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nicht detailliert aufgeschlüsselt werden kann, da es diesen Indikator bisher nicht gibt.

Auf Nachfrage, wie mit dem Monitoring umgegangen wird, erklärt Frau Grasnack, dass z.B. durch das Jugendamt Maßnahmen für den Jugendhilfeplan aufgenommen wurden. Aber auch die anderen Zahlen sollen, wenn Handlungsbedarf besteht, in Maßnahmen umgewandelt werden sollen.

Frau Gonzales Olivo (Migrantenbeirat) sieht die Fraktionen in der Pflicht, sich mit dem Integrationsmonitoring zu befassen und der Beauftragten für Migration und Integration Hinweise zu geben. Sie bittet die Fraktionen, das Thema ernst zu nehmen, da darin sehr viel Arbeit steckt.

Frau Eisenblätter sieht dies als eine Grundlage, aus der die Fraktionen die entsprechenden Anträge formulieren können.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass das Integrationskonzept in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird, mit dem man sich unbedingt beschäftigen und abgleichen muss, was darin aus dem Monitoring enthalten ist.

Frau Grasnack betont, dass das Monitoring ein Steuerungsinstrument ist, mit dem gearbeitet werden sollte.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 17/SVV/0242

Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Konzept zur Prävention von Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit erinnert an den Auftrag zur Erarbeitung eines Kinder- und Gewaltschutzkonzeptes gemäß Beschluss 16/SVV/0218. Dieser Auftrag wird in drei Schritten umgesetzt. Zuerst wurde ein Grundsatzpapier erarbeitet. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der Vertreter des Migrantenbeirates des Stadtjugendringes, Frau Grasnack, und Betreiber von Einrichtungen beteiligt waren. Dieses Grundlagenpapier soll in einem Workshop Ende Mai 2017 qualifiziert werden. Das so qualifizierte Papier wird dann dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion, dem Jugendhilfeausschuss und der AG Asyl vorgestellt und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Auf Nachfrage bezüglich des Zeitrahmens erklärt Herr Bindheim, dass die entsprechende Vorlage nach der Sommerpause vorgelegt werden soll.

Herr Bindheim sagt zu, das Protokoll über die Beratung der Arbeitsgruppe an die Mitglieder des GSI-Ausschusses auszureichen.

zu 8.6 Information zu Ausschreibungen von Gemeinschaftsunterkünften sowie der überregionalen Beratungsstelle für Geflüchtete

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert die Ausschreibungsverfahren die neu zu eröffnende Gemeinschaftsunterkunft Marquardter Chaussee zum 01.11.2017 für die Gemeinschaftsunterkünfte An den Kopfweiden, Dortustraße und des Wohnungsverbundes Am Alten Markt/Hegelallee zum 31.12.2017 und erläutert anhand einer Präsentation die Bewertungsmatrix. Er weist darauf hin, dass am 27.04.2017 zur Erörterung beim Fachbereich Soziales und Gesundheit ein Termin stattfindet, bei dem auch vertiefte Fragen gestellt werden können.

Anschließend informiert er über die Ausschreibung des überregionalen Fachberatungsdienstes für die soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen. Grund hierfür ist die Vertragsbeendigung zum 31.12.2017 sowie die neue Kooperation der Landeshauptstadt Potsdam und der Stadt Brandenburg an der Havel ab dem 01.01.2018.

Frau Basekow bittet zu prüfen, ob dies die Beratungsstelle ist, die schon vor ca. 2 Jahren ausgeschrieben wurde. Sie bittet, dies als Information ins Protokoll aufzunehmen.

Des Weiteren fragt sie, ob dies eine bestehende Leistung ist, die neu ausgeschrieben wird oder eine neue Leistung. Verliert durch die Ausschreibung möglicherweise ein Träger dadurch einen Auftrag?

Sie bittet um eine Begründung, warum die Landeshauptstadt Potsdam Leistungen mit einer Laufzeit von 1 bis 2 Jahren ausschreibt, als Information mit dem Sitzungsprotokoll.

Frau Schulze hält Einjahresverträge unter sozialen Gesichtspunkten für sehr unverträglich.

Frau Müller schließt sich dem an, auch vor dem Hintergrund der Beziehungen, die in einer derartigen Einrichtung entstehen, da hier Menschen betreut werden.

Herr Thomann betont, dass die LHP eine lange Zusammenarbeit beabsichtigt. Er versichert, dass die LHP kein Interesse daran hat, vorzeitig eine Kündigung auszusprechen.

Auf Nachfrage zum weiteren Verfahren verweist Herr Thomann auf die Beratung am 27.04.2017 an seinem Tisch, an dem Fragen gestellt und Hinweise gegeben werden können. Danach können noch Korrekturen vorgenommen werden. Er betont, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, die Ausschreibung festzulegen und durchzuführen.

Frau Schulze betont, dass sie in der heutigen Sitzung des GSI-Ausschusses hat von dem Erörterungstermin das erst Mal gehört hat. Sie weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder noch weitere Termine wahrzunehmen haben.

zu 9 Sonstiges

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass am 16.06.2017 der Fachtag Kindergesundheit stattfindet. Das Safe the Date wird zeitnah versendet.

Nächster GSI-Ausschuss: 23. Mai 2017, 18:00 Uhr

**Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**